Mitteilung
- öffentlich -

Beratungsfolge:

Drucksachen-Nr.: 2013/230/1

Verwaltungsausschuss

am 05.09.2013 TOP:

Rat der Stadt Laatzen

am 05.09.2013 TOP:

**Resolution zur Befragung der Grundstückseigentümer durch aha
(Zweckverband zur Abfallentsorgung in der Region Hannover) in der Stadt
Laatzen
- Stellungnahme der Verwaltung -**

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat am 12.10.2012 (Az. 9 KN 47/10) in dem auf Antrag des Vorsitzenden der CDU-Fraktion in der Regionsversammlung der Region Hannover betriebenen Normenkontrollverfahrens ein Urteil gefällt. Danach kann an der Restmüllabfuhr in Säcken außerhalb der Stadt Hannover und in Behältern innerhalb in Verbindung mit der bis dato geltenden und akzeptierten Gebührenordnung im Verbandsgebiet nicht mehr festgehalten werden.

Region und Stadt Hannover als unmittelbar Entsorgungspflichtige sowie beider Zweckverband Abfallwirtschaft haben seitdem ein neues, den Konditionen des Urteils entsprechendes Abfuhr- und Gebührensystem entwickelt und beschlossen. aha setzt dieses derzeit um.

Gleichlautende Resolutionen zu operativen Aspekten des Sammelsystems und zur Gebührenerhebung sind in den letzten Tagen bei verschiedenen regionsangehörigen Kommunen eingegangen. So auch in Laatzen.

Nach der Verbandsordnung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft kann die Stadt Laatzen nicht Empfängerin der Resolution sein, allein schon weil die Stadt nicht Abfallbehörde ist. Dies ist gem. § 6 Abs. 1 des Niedersächsischen Abfallgesetzes die Region Hannover. Diese hat die Aufgabe durch Gründung des Zweckverbandes an selbigen übertragen. Dieser wird durch seine Organe nach außen vertreten.

Die von den Fraktionen der CDU, FDP und des Bündnis 21-RRP in der Resolution dargebrachten Forderungen liegen damit außerhalb des der Einwirkung des Bürgermeisters der Stadt Laatzen unterstehenden Zuständigkeitsbereiches.

Vorlage gefertigt von	SV Team	Mitzeichnung andere Teams	EStr	BGM
Diktatz.:				

Die Resolution wurde daher dem Zweckverband für Abfallwirtschaft mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet.

Zwischenzeitlich liegt diese vor (s. Anlage). Die Bitte um Stellungnahme vom 27.08.2013 ist ebenfalls in der Anlage beigefügt.

In der Regionsversammlung als Organ des originär Entsorgungspflichtigen wurde bis zum jetzigen Zeitpunkt keine der Resolution entsprechenden Anträge gestellt.

Inhaltlich wird auf die Anlagen verwiesen.

Prinz

Anlagen:

Bitte um Stellungnahme vom 27.08.2013 ggü. aha
Stellungnahme des Zweckverbandes Abfallwirtschaft aha
Regionsinformation vom 27.08.2013